

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Bettzeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Verammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Die Vorarbeiten zur Frühjahrsagitation müssen in Angriff genommen werden!

Wir sind anscheinend wieder einmal über den Berg; der Winter ist überstanden. Er war übrigens diesmal weniger streng als sonst, zeigte durchweg größte Milde und hat deshalb auch das Baugewerbe kaum irgendwie behindert. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit in vielen Gebieten des Reiches bedenklichen Umfang angenommen hat, so liegen dem andere Ursachen zugrunde. Allseitig wird für die nächsten Monate eine lebhaftere Bautätigkeit und ein Zurückgehen der Arbeitslosenziffer im Baugewerbe erwartet. Im Allgemeininteresse ist nur dringend zu wünschen, daß diese Erwartungen in Erfüllung gehen.

Zwischen soll das Augenmerk auf eine andere wichtige Aufgabe hingelenkt werden: Die Stärkung unseres Zentralverbandes. An sie muß, sobald eine Besserung der Arbeitsmarktlage im Baugewerbe eintritt, mit allen Kräften herangegangen werden. Es gilt, nicht nur den gesamten Verband aufzurütteln, sondern auch alle unorganisierten Zimmerer zu mobilisieren. Wir müssen im bevorstehenden Frühjahr einen großen Wurf tun: Nicht nur alle während der ungünstigen Wirtschaftsperiode, gleichviel aus welchen Gründen, dem Verbande abtrünnig gewordenen Kameraden müssen wieder heran, auch die Unorganisierten müssen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt werden. Die augenblicklichen Zeitverhältnisse geben hierzu den besten Anlaß. Der Arbeiterschaft drohen schwere Gefahren. Sie soll die größten Lasten aufgepackt erhalten, nicht nur durch hohe Steuern; sie soll auch durch möglichst lange Arbeitszeit bei geringen Löhnen der Wirtschaft wieder aufhelfen. Gegen diese unerhörten Zumutungen muß sie sich wehren. Das kann sie nur, indem sie sich in immer stärkerem Maße organisiert, um durch ihre Organisationen stärkeren politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu erlangen.

Wie es im Baugewerbe steht, ist bekannt. Die unverkämpften Forderungen des Unternehmertums vom vorigen Jahre, die die Reichsarbeitsvertragsverhandlungen zum Scheitern brachten, sind noch nicht vergessen. Während des ganzen verfloffenen Jahres haben sich unsere Kameraden in den verschiedensten Gebieten gegen die Absichten der Unternehmer, ihre Forderungen durchzusetzen, wehren müssen. Ihr Widerstand war erfolgreich. Auf der ganzen Linie konnten die Unternehmervorstöße abgewehrt werden. Unsere Kameraden haben Großes geleistet, schwere Opfer gebracht; sie haben oft wochenlang im Kampf gestanden bei gänzlich ungenügender Unterstützung. Und unser Verband ist über die „vertragslose“ Zeit bis jetzt ohne Not hinweggekommen; die Bezirke und Orte haben sich zu helfen gewußt, die anfänglich aufgetretenen Befürchtungen haben sich als unbegründet erwiesen: der Verband hat standgehalten. Er wird auch fernerhin standhalten, denn seine innere Festigung macht gute Fortschritte, so daß ernstlich erwogen wird, in nächster Zeit auch unsere Unterstützungsvereine wieder ausleben zu lassen. Neben der Unterstützung bei Arbeitskämpfen, die als erste wieder eingeführt wurde, wird auch unsere Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bald wieder in Wirksamkeit treten. Diese günstigen Aussichten werden unserer Werbearbeit noch größeren Nachdruck, stärkeren Erfolg verleihen.

Der Erfolg der bevorstehenden Frühjahrswerbearbeit muß alle bisherigen Erfolge übertreffen. Zu dem Zweck müssen schon jetzt die Vorbereitungen beginnen. In allen Zahlstellen müssen Kameraden bereit sein, mit der nötigen Sorgfalt und Gründlichkeit dieser Arbeit sich anzunehmen. Ueber die beste Art des Vorgehens werden sich die Zahlstellen selbst schlüssig werden, nach dem bekannten Grundsatz, daß sich eines nicht für alle schickt. Eine wichtige Funktion fällt hierbei den Bau- und Platzdelegierten zu, die ohnehin engste Fühlung mit den Kameraden haben und sich auch dieser Arbeit heute unbedenklich widmen können, weil sie nicht mehr schußlos sind wie in früherer Zeit. Aber auch alle übrigen Verbandsfunktionäre müssen sich zur Verfügung halten, wie überhaupt alle nur irgendwie fähigen Kameraden zu dieser Arbeit heranzuziehen sind.

Unser Ziel muß sein: alle organisationsfähigen Zimmerer in unserm Verband zusammenzuschließen. Daß wir im bevorstehenden Frühjahr wiederum ein tüchtiges Stück Wegs zu diesem Ziel zurücklegen, dafür haben sich alle Kameraden nach besten Kräften einzusetzen. Stärkt und festigt unsern Zentralverband!

Unsere statistischen Feststellungen vom 31. Januar 1925.

888 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 77 664 nachgewiesen, darunter 6375 Lehrlinge. Arbeitslos waren 14 373 oder 18,51 % und krank 2075 oder 2,67 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	51	2805	286	1985	128
Brandenburg	106	9045	632	1167	237
Pommern	57	3000	236	890	83
Grenzmark	8	409	87	159	24
Schlesien	85	7263	927	2116	206
Sachsen	66	4966	358	769	147
Schleswig-Holstein	39	2410	189	561	44
Hannover	71	3673	187	357	76
Westfalen	30	1773	118	164	59
Hessen-Nassau	17	2470	116	289	55
Rheinland	24	3587	159	289	114
Hohenzollern	1	17	4	3	1
Preußen	555	41418	3299	8749	1174
Bayern	75	5627	375	1286	152
(Rheinpfalz)	4	99	7	18	7
Sachsen	59	13214	1391	2101	271
Württemberg	23	1527	89	195	64
Baden	13	1977	118	107	48
Thüringen	49	3358	268	636	109
Hessen	11	950	74	74	18
Mecklenburg-Schwerin	53	1994	234	400	87
Mecklenburg-Strelitz	7	229	51	59	9
Oldenburg	10	745	87	44	18
Braunschweig	9	522	43	28	16
Anhalt	10	608	56	85	16
Schaumburg-Lippe	3	132	11	9	6
Lippe-Deimold	2	42	3	2	—
Waldeck	1	14	—	11	—
Rübeek	1	482	35	49	12
Bremen	1	978	38	97	13
Hamburg	2	3687	196	423	55
Deutsches Reich	888	77664	6375	14373	2075
Danzig	—	—	—	—	—
Insgesamt	888	77664	6375	14373	2075

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 27. Dezember hat sich die Arbeitslosenziffer von 16,04 auf 18,51 %, die Krankenziffer von 2,44 auf 2,67 % erhöht. 86 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis für den 27. Dezember stellt sich, nachdem noch 60 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 892 Zahlstellen mit zusammen 79 719 Mitgliedern, darunter 6720 Lehrlinge, waren 13 085 Mitglieder arbeitslos und 1942 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 28. Februar.

Die skandalöse Steuerreform.

(Von Mercurius.)

Herr Dr. Luther, der frühere Reichsfinanzminister und Chef der jetzigen Reichsregierung, hat oftmals versichert, daß die kommende Steuerreform in erster Linie der Wilderung der Wirtschaftskrise dienen müßte. Alle Welt hatte deshalb von der Reformarbeit der Regierung vor allem eine Ermäßigung der Lohnabzugs- und der Umsatzsteuer erwartet. Die gegenwärtige Krise in Deutschland ist eben eine ausgesprochene Absatzkrise. Die breiten Schichten der Bevölkerung können nicht kaufen, weil die Preise zu hoch und die Löhne zu gering sind. Aus diesem Zusammenhang entwickeln sich eben Krisenursachen, die nur durch eine systematische Kräftigung der Kaufkraft zu überwinden sind. Das bedeutet mit andern Worten: Die Preise müssen gedrückt und die Löhne gesteigert werden.

Man hätte dieses Ziel zum Teil erreichen können, wenn man die Lohnabzugssteuer und die Umsatzsteuer ermäßigen würde. Die Lohnabzugssteuer vermindert die Kaufkraft der Bevölkerung bedeutend, und die Umsatzsteuer ist ein wesentlicher Verteuerungsfaktor. Eine Ermäßigung war aber an und für sich geboten, da die Steuerausweise der Regierung bestätigt, daß gerade diese beiden Steuern erheblich überspannt und ohne Zweifel zu hoch sind.

Die Reichsregierung hat diese Einsicht nicht gehabt: In dem Steuerreformentwurf heißt es, daß eine Ermäßigung nicht in Frage kommen kann. Die Regierung han-

delst damit nicht nur gegen Arbeiter, Beamte, Angestellte usw. in höchstem Maße ungerecht, sie tobt auch, indem sie die alte, unerträglich harte Steuerüberspannung bestehen läßt, gegen die Gesundung der Wirtschaft. Hat sich die Regierung so wenig um die Hemmungen in unserer Wirtschaft bekümmert, daß sie nicht weiß, ohne eine steuerliche Entlastung der Produktion und der Massen ist eine wesentliche Konjunkturbelebung nichts anderes als eine durch Staats- und Auslandskredit künstlich gemachte Scheinkonjunktur ist, die zu einer tiefen Krise führen muß, wenn es nicht gelingt, den Markt durch Stärkung der Kaufkraft in Ordnung zu bringen?

Es scheint zwecklos zu sein, durch diese Vorstellungen auf die Regierung einwirken zu wollen; denn der Entwurf der Steuerreform übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Die alte unerträgliche Belastung soll nicht nur bestehen bleiben, sondern sogar noch vermehrt werden. Der Entwurf sieht nämlich unter anderem auch vor, daß die von den Massen aufgetragenen Verbrauchs- (indirekte) Steuern erhöht, daß die Betriebe der öffentlichen Hand derselben Besteuerung unterliegen wie Privatunternehmungen und die Steuerfreiheit bei der Umsatzsteuer für Lieferungen der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerke aufgehoben würde. Das ist eine neue Schwächung des Reallohnes, eine neue Einengung der Kaufkraft, eine neue Sünde gegen die Gesundung der Wirtschaft.

Damit nicht genug. Der Entwurf, der über die steuerliche Erfassung der riesigen Inflations- und Deflationsergebnisse nichts, auch gar nichts sagt, die großen Verdienner am Marktzersfall ungehorsam läßt, sichert dem Besitz neue Steuervorteile. Während die kleinen Einkommen mit 10 % in Deutschland die höchsten Einkommensteuern in der Welt überhaupt bezahlen, soll die Belastung der größeren Einkommen nicht über 33 1/3 % hinausgehen. Das ist aber ein Satz, wie er niedriger nirgends in der Welt gezahlt wird. Bei der Vermögenssteuer soll an dem der Regierung außerst hoch scheinenden Satz von 0,5 % festgehalten, die in Geltung befindliche Progression bis zu 0,75 % aber gestrichen werden. Die Vermögenswachststeuer, die noch zu Recht besteht, nach der 2. Steuernotverordnung aber nicht erhoben wird, soll auch fernerhin unerhoben bleiben. Die besondere Kapitalertragssteuer soll in die Einkommensteuer eingearbeitet werden, verschwinden. Auch auf dem Gebiete der Kapitalverkehrsbesteuerung sind weitgehende Erleichterungen geplant, die gerade den Großbetrieben, die in der Inflation reichen Substanzzuwachs zu verzeichnen hatten, zugute kommen wird.

Wollen wir ein Motto für diese Steuerreform finden, so könnte es nur das sein: Für die Großen alles, für die Kleinen nichts. Für die Großverdiener neue Erleichterungen, für die wirtschaftlich Schwachen neue Lasten!

Die Regierung, die den Ruhrindustriellen seit dem 11. Januar 1923, dem Tage des Ruhrmarsches, rund 3 Goldmilliarden als Liebesgabe zugeschanzt hat, verfolgt mit dieser Steuerreform ihre besonderen Zwecke. Sie ist nicht umsonst eine Regierung von Kapitalen Gnaden. Deshalb gibt sie vor, mit ihrer Reform den Zweck zu verfolgen, das Geldkapital wieder aufzubauen, das heißt das deutsche Volk soll seine schon jetzt unerträglich knappe Lebenshaltung weiter einschränken, soll weiter und noch mehr hungern, damit Geld in die Tresore des deutschen Unternehmertums kommt. Eine neue Liebesgabe für den deutschen Kapitalismus, ein neuer Raubzug gegen die Ärmsten der Armen.

Die ganze skandalöse Steuerreform entspricht der bisherigen Politik der Regierung, den deutschen Unternehmern durch Preisübersteuerung neues Kapital zu verschaffen. Wenn die Regierung es mit ihrer Reform dann noch fertigbringt, die lästige Konkurrenz der Konjunktionsgenossen, der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerke usw. zu vermindern, wird das dem Wunsche ihrer kapitalistischen Auftraggeber entsprechen, die am besten wissen, weshalb sie eine Rechtsregierung schufen!

Es liegt auf der Hand, daß der Plan der Regierung nur auf Kosten der Bevölkerung durchgeführt werden kann. Darin liegen auch die Gefahren; eine neue Belastung bedeutet Verminderung der Reallohne und Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die notwendige Folge wird sein, daß sich aus diesen Ursachen heraus eine neue Krise entwickelt, die alles Dagewesene in den Schatten stellt.

Der Weg, den die Regierung gehen will, ist gefährlich und bedenklich.

Deshalb werden sich die Gewerkschaften mit aller Kraft gegen die neue Steuerreform wehren.

Der Kampf um die Lastenverteilung und um die endliche Gesundung der Wirtschaft hat begonnen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Protokoll vom 23. Verbandstage.

In vielen Abrechnungen für das vierte Quartal haben die Zahlstellenkassierer vergessen, das den Zahlstellen zugehörige Protokoll vom 23. Verbandstage einzusehen und den Betrag von 1,50 M. dafür einzulösen. Um unbillige Schreibereien zu vermeiden, ersuchen wir die betreffenden Kassierer, das Veräumte umgehend nachzuholen.

Ausschluss von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 der Satzungen wurden in Bremen Wilhelm Böffel (20 892), in Paderborn Fritz Sombrowski (28 034) und in Witten a. d. R. Fritz von Hörstner (888 686) und Heinrich Knosp (45 095) aus dem Verbandsausgesehlossen.

Angehobener Ausschluss von Mitgliedern.

Auf Beschluss des Verbandsausschusses wurde der auf Antrag der Zahlstelle Bremen wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 der Satzungen erfolgte Ausschluss des Mitgliedes Martin Meyer (87 497), veröffentlicht in der Nr. 47 1924 des „Zimmerer“, aufgehoben und M. Meyer wieder in seine alten Rechte eingeleitet.

Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

Die nachfolgenden Zahlstellen haben für das 4. Quartal 1924 weder eine Abrechnung noch die Jahres-Mitgliederliste eingereicht. Von den mit einem Stern (*) gekennzeichneten Zahlstellen liegt der Kassenausschluss vor, sie haben aber unterlassen, Angaben über den Mitgliederbestand am Schlusse des 4. Quartals und über die Mitgliederbewegung im 4. Quartal zu machen. Von den mit einem Kreuz (+) gekennzeichneten Zahlstellen liegt ebenfalls der Kassenausschluss vor, es fehlt aber die Jahres-Mitgliederliste.

Gau Ost- und Westpreußen: +Dartheim, +Hagenau, +Nordenburg, +Nüssel, +Stuhm.

Gau Schlesien: Beuthen, +Brieg, +Carolath, Falkenberg, +Löwen, +Münsterberg, +Neiße, +Neurode, +Peitzsch.

Gau Pommern: +Bergen, +Dramburg, +Falkenburg, +Greifenberg, +Neuettin, +Neumedeß, +Regenthin und +Schlochau.

Gau Brandenburg: +Berlin, +Dahme, +Granssee, +Liebenwalde, +Mübben-Steinrichen, +Meyenburg, +Neuzelle, +Schneidemühl und +Zellin.

Gau Niederschlesien und Ostfachsen: +Lahn, +Mühlberg, +Müstau und +Niesla.

Gau Mecklenburg: +Ribnitz.

Gau Provinz Sachsen und Anhalt: +Barby, +Bismarck, +Calbe, +Croppenstedt, +Derenburg, +Geln, +Gommern, +Helmstedt, +Hettstedt, +Lüchow, +Neuhaldensleben, +Nordgermersleben, +Drauenbaum, +Nehrisleben, +Pretsch, +Schmiedeberg, +Schönebeck, +Seehausen, +Wanzleben, +Stendal, +Zahna und +Ziesar.

Gau Freistaat Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg: +Mue, +Chemnitz, +Geithain, +Gräfenhainichen, +Hainichen, +Merseburg, +Merchau, +Obernau, +Plauen, +Reichenbach, +Schmölln, +Torgau und +Zörbig.

Gau Schleswig-Holstein und Oldenburg: +Murch, +Barmstedt, +Dahlenburg, +Drochtersen, +Emden, +Gamburg, +Heide, +Helgoland, +Jever, +Kauenburg, +Leck, +Möln, +Quadenbrück, +Sulingen, +Tönning, +Uetersen, +Weiden und +Wesselburen.

Gau Hannover: +Galesfeld, +Fallerleben, +Goslar, +Hameln, +Herzberg, +Holzminde, +Mellendorf, +Osnabrück, +Rahden, +Rethem, +Sachsenhagen, +Soltau, +Stadthagen, +Steinbergen, +Uslar und +Viernburg.

Gau Thüringen: +Artern, +Bad Sachsa, +Bleicherode, +Buttstädt, +Bürgel, +Gumburg, +Gravental, +Gotha, +Königssee, +Salungen, +Sondershausen, +Schleusingen, +Stützerbach, +Teienort, +Waltershausen und +Zella-Mehlis.

Gau Nordbayern: +Bamberg, +Rehthelm, +Rehan, +Seib, +Schwabach, +Schwandorf, +Straubing und +Wunsiedel.

Gau Südbayern: +Mugsburg, +Bad Reichenhall, +Burghausen, +Dießen, +Pfaffenhofen und +Weilheim.

Gau Hessen, Hessen-Nassau: +Bad Wildungen, +Bensheim, +Cassel, +Darmstadt, +Frieda, +Hainbach, +Johann, +Löhbach, +Marburg, +Roth, +Schenkengeld, +Weilburg, +Wiesbaden, +Witzenhausen und +Wolfshausen.

Gau Württemberg: +Biberach, +Ebingen, +Ehlingen, +Hall, +Kirchheim u. Teck, +Künzelsau, +Uehringen, +Uavensburg, +Rottweil, +Sigmaringen, +Stuttgart, +Ueberlingen und +Widdbad.

Gau Rheinland, Westfalen: +Bedum, +Borghorst, +Duisburg, +Düsseldorf, +Gummersbach, +Herford, +Herlohn, +Lengerich, +München-Gladbach, +Münster, +Reinscheid, +Salzungen, +Solingen, +Trier, +Troisdorf und +Witten.

Gau Baden: +Baden-Baden, +Bahr, +Landau, +Orsch, +Speyer und +Waldbühl.

Gau Oberschlesien: +Cosel.

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreckt wird in Braunschweig.

Gesperret ist in Freiburg i. B. die Firma Walter & Co. Baustellen Waggingen und Heitersheim, in Crimmitschau die Firma E. Birkner, in Hofweil die Baustelle Ulrichsberg, Firma Wölle.

Stellungnahme der Zahlstelle Braunschweig zur Lohnfrage. Am 8. Februar beschäftigte sich eine Zahlstellenversammlung eingehend mit der Lohnfrage. Das bisherige Lohnabkommen hatte bis zum 14. Januar Geltung, der Versuch, recht bald zu neuen Verhandlungen zu kommen, scheiterte

an dem Widerstande der Unternehmer, die erst im März verhandeln wollen. Die Zahlstellenversammlung forderte, daß sofort Verhandlungen eingeleitet werden. Am dem nächsten Tag wird nicht gerüttelt, die Lohnfrage muß geregelt und die Löhne für Lehrlinge müssen festgelegt werden; der Stundenlohn der Zimmerer, der bisher 78 $\frac{1}{2}$ beträgt, ist auf 120 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Die Unternehmer haben Verhandlungen abgelehnt, die Arbeit ist am 12. Februar eingestellt worden.

Platzverre in Crimmitschau. Die Firma Emil Birkner hat einen Kameraden, der bereits seit Ende Mai 1924 bei ihr beschäftigt gewesen ist, entlassen. Arbeitsmangel gab den Vorwand zur Entlassung. Arbeit ist aber recht reichlich vorhanden, so daß die 3 insgesamt dort arbeitenden Kameraden volle Beschäftigung haben. Verhandlungen auf Wiedereinstellung des entlassenen Kameraden führten zu keinem Erfolg. Die Arbeit wurde daraufhin niedergelegt.

Differenzen in Offen. Für das frühere Tarifgebiet Rheinland-Westfalen sind am 1. November 1924 Vereinbarungen getroffen über Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Veranlassung bei Arbeiten auf auswärtigen Arbeitsstellen und für Zulagen. Die Firma Stöcker, Bauunternehmung in Offen, lehnt sich nicht an diese Vereinbarungen. Sie wird zu jenen gerechnet, die seit Oktober 1923 die schlechte wirtschaftliche Lage reißlos zu ihren Gunsten, zum Schaden der bei ihr beschäftigten Bauarbeiter ausnutzen. Fahrgehalt, Landgeld und Wegeentschädigung zahlt sie nicht. Akkordarbeit ist eingeführt in einer Weise, daß die Arbeiter überhaupt den Preis der Arbeit nicht kennen. Trotz allem Schuffen war in der Regel beim Abschluß ein Nebervedienst nicht vorhanden, bekannt war nur, daß die Polierer gute Löhne hatten. Um diese Mißstände zu beseitigen, haben auf Anregung unserer Zahlstelle sich auch die andern beteiligten Organisationen bereitgefunden, mitzumachen. Ob das auf dem Wege der Verhandlung möglich sein wird, steht noch dahin.

Erfolgreicher Platzstreik in Wiesbaden. Die bei der Zementfabrik von Dyerhoff & Söhne beschäftigten Arbeiter, darunter 25 Verbandskameraden, sind schon seit einem halben Jahre bemüht, auf dem Wege der Verhandlung zu einem besseren Lohn zu kommen. Ihre Bemühungen waren ohne Erfolg. Am 30. Januar kam es zur Arbeitsseinstellung. Am 9. Februar konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden, nachdem der Stundenlohn von 64 auf 70 $\frac{1}{2}$ erhöht worden war.

Ende des Streiks in Loitz in Pommern. Das Bestreben unserer Kameraden war, auf dem Wege der Verhandlung zu einem höheren Lohn zu kommen. Das konnten sie nicht erreichen, sie legten daher die Arbeit nieder. Nunmehr ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die unsere Kameraden veranlaßte, am 11. Februar die Arbeit wieder aufzunehmen. Verebart ist, daß bis 31. März der Stundenlohn 62 $\frac{1}{2}$ beträgt und daß bei den nächsten bezirklischen Verhandlungen Loitz in die zweite Lohnklasse eingereicht wird.

Lohnforderung und Platzstreik in Chemnitz. Die Ablehnung von bezirklischen Verhandlungen hat unsere Zahlstelle Chemnitz veranlaßt, örtliche Verhandlungen zu beantragen; sie hat dazu auch Lohnforderungen gestellt. Gefordert wird die Erhöhung des Stundenlohnes von 85 auf 100 $\frac{1}{2}$. Auf einem Platze ist die Arbeit bereits eingestellt worden.

Lohnforderungen in Leipzig. Nachdem die Unternehmer es abgelehnt haben, bezirklisch für Westachsen über die Lohnfrage zu verhandeln, beschloß die Zahlstelle Leipzig, das örtlich zu tun. Gefordert wird Erhöhung des Stundenlohnes von 87 auf 100 $\frac{1}{2}$. Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die zur Zeit 46 $\frac{1}{2}$ Stunden beträgt, um 1 Stunde. Das Zahlstellengebiet umfaßt 223 Unternehmern, bei denen 1873 Zimmerer und 268 Lehrlinge beschäftigt sind; davon sind 1803 Zimmerer und 176 Lehrlinge Verbandsmitglieder. Leipzig ist vorläufig zu meiden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altheide. Am 31. Januar tagte unsere Generalversammlung, sie war von 21 Kameraden besucht. Gauleiter Schmidt, Breslau, führte uns in treffenden Worten die Lohnpolitik der Unternehmer der Grafenschaft Glaz vor Augen. Die Unternehmer haben es verstanden, den nach der Inflationszeit festgesetzten Grundlohn von 40 auf 85 $\frac{1}{2}$ zu drücken. Der Lohn für Altheide beträgt 57 $\frac{1}{2}$, während Breslau und andere Städte es von 48 auf 80 $\frac{1}{2}$ brachten. An der geringen Lohnhöhe trug die schlechte Arbeitsgelegenheit mit Schuld, die manche Kameraden mutlos machte und sie die Hintze ins Korn werfen ließ. Daß wir dadurch uns selber schaden, müßte jeder aufrichtig denkende Kamerad einsehen. Dadurch bieten wir den Unternehmern die Möglichkeit, sich noch mehr zu bereichern. Da auch in Altheide eine bessere Arbeitsgelegenheit einsehen wird, wollen wir zu gegebener Zeit die Scharte wieder ausweken und treu zur Fahne stehen. Der Vorstand wurde bis auf kleine Veränderungen wiedergewählt. Zum Schluß kam es noch zu einer politischen Aussprache, wo die Wogen ziemlich hoch gingen. Es ist aber immerhin ein erfreuliches Zeichen, daß der Geist des Sozialismus noch da ist; wir werden aber nur dann vorwärts kommen, wenn wir uns von aller Selbstsucht befreien, und nur dann werden wir zu dem heißersehnten Ziele kommen. Der Sozialismus wird siegen und die Befreiung der Menschheit aus wirtschaftlicher Knechtschaft bringen.

Mischerleben. Eine Mitgliederversammlung fand am 16. Januar statt. Kamerad Brieger gab den Jahresbericht. Er stellte fest, daß 4 außerordentliche und 11 Mitglieder- versammlungen stattgefunden haben. Ferner streifte er die Zeit der höchsten Inflation bis zur Jetztzeit. Die große Erwerbslosigkeit habe die gesamte Organisation viel geschädigt. Außerdem beleuchtete Kamerad Brieger die Angriffe der Unternehmer auf die Arbeiterklasse und erläuterte die Beschlüsse, die während der tariflosen Zeit von der Organisation gefaßt wurden. Er kam ferner auf die Maifeierveranstaltung zu sprechen und mahnte, sie in diesem Jahre noch weit besser auszubauen. Der Gauleiter, Kamerad Lauben, habe auf Wunsch der Zahlstelle in einer Versammlung Aufklärung über die freie Hilfs- klasse sowie über die Lohnklasseneinteilung gegeben. Im

Verlauf des Jahres wurden 2 Protestschreiben an Kamerad Lauben sowie an die Zentrale gesandt. Tatkräftig habe die Zahlstellenleitung an der Wiedervereinigung der gespaltenen Bauarbeiterbewegung geholfen. Kamerad Brieger schilderte die unbilligen Härten betreffs der vierwöchigen Karenzzeit der erwerbslosen Bauarbeiter; durch sein Eingreifen wurde diese Härte im wesentlichen beseitigt, ein diesbezüglicher Bericht ging an den Zentralvorstand. Die Organisation müsse zur höchsten Schlagkraft fähig sein; denn die kommende Konjunktur werde schwere Lohnkämpfe hervorrufen. Deshalb sei die Grundbedingung die reiflose gewerkschaftliche und politische Organisation; denn nur schärfster Klassenkampf führe zum Sieg. Kamerad Brieger ermahnte den in der vorausgegangenen Generalversammlung neu gewählten Vorstand, im Sinne des alten Vorstandes die Zahlstelle weiterzuführen, nicht nur im Interesse der Zahlstelle Mischerleben, sondern auch im Interesse des gesamten Zentralverbandes. Die Ausführungen des Kameraden Brieger wurden mit reichem Beifall quittiert. Es erfolgte eine rege Aussprache. Im Verlauf derselben wurde folgender Antrag eingebracht und einstimmig angenommen: „Die heutige gut besuchte Mitgliederversammlung beschließt, den Zentralvorstand zu beauftragen, sofort mit allem Nachdruck beim ADGB. dahin zu wirken, eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale zu schaffen. Die Versammlung begrüßt das Bestreben der englischen Gewerkschaftsdelegation in Southampton, die sich zur Aufgabe stellt, die 3. und 2. Internationale zu einer einheitlichen aktionsfähigen Internationale zusammenzuschließen.“

Berlin und Umgegend. Eine gut besuchte Lehrlings- versammlung fand hier am 28. Januar statt. Das Thema: „Warum muß jeder Jungzimmermann im Verbandsorganisiert sein?“ wurde vom Kameraden Neuschläger in verständnisvoller Weise behandelt. In den ersten Jahren ihres Bestehens wurden den freien Gewerkschaften durch die Unternehmer alle möglichen Hemmnisse in den Weg gelegt und versucht, den Arbeitern den Beitritt zur Organisation zu verwehren. Eine Zugehörigkeit zur Organisation war deshalb damals auch nur unter den größten persönlichen Leiden möglich, während es heute, abgesehen von den kleinen finanziellen Leiden, für jeden Arbeiter ein leichtes ist, sich einer freien Gewerkschaft anzuschließen, wenn er nur den Willen dazu hat. Das Unternehmertum hatte, als es selbst noch nicht organisiert war, höllische Angst vor den organisierten Arbeitern, wenn diese drohten, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Dann flüchte man um Hilfe bei den staatlichen Behörden, die bereitwillig gewährt wurde, indem man Polizei und sogar Militär aufbot, um die unbefähigten Arbeiter zu Paaren zu treiben. Aber der Aufstieg der freien Gewerkschaften konnte trotz aller behördlichen Schikanen, trotz Unternehmerrückgriff nicht aufgehalten werden. Die Arbeiterklasse erkannte immer mehr die Notwendigkeit, daß nur durch Zusammenschluß zu Organisationen dem Unternehmertum beizukommen ist. Die Zimmerer Deutschlands stehen mit an erster Stelle, die diese Notwendigkeit zur Tat werden ließen. Mit 2232 Mitgliedern in 19 Zahlstellen wurde im Jahre 1883 der Verband gegründet und aufwärts ging es mit unermüdlichem Eifer. 984 Zahlstellen mit 89 681 Mitgliedern seien heute im Verbandsvereinigt. Das sei das Resultat der Organisationsarbeit der deutschen Zimmerer, die mit Recht die Pioniere der Arbeiterbewegung genannt werden. Ein besonderer Stolz müsse es deshalb für jeden Jungzimmermann sein, schon in der frühesten Jugend Mitglied seiner Organisation zu werden, um im späteren Alter mit dem Bewußtsein vor seine Kameraden hinstreten zu können, seine solidarische Pflicht erfüllt zu haben. Die Ruhe und Aufmerksamkeit der Jungkameraden bewies, daß sie dem Vortrag mit größtem Interesse gefolgt waren. Start begrüßt wurde ein Vorschlag des Kameraden Neuschläger, für die Jungkameraden einen praktischen Lehrlingskurs einzurichten. Dies soll sobald als möglich geschehen. Als praktischer Lehrer ist unser Kamerad Eduard Haselau aus- ersehen, der bereit ist, mit den Jungkameraden zu hand- werken. Nach einigen Neuaufnahmen (die Anwesenden waren mit wenigen Ausnahmen schon im Verband organi- siert) wurde die Versammlung geschlossen.

Vielefeld. Unsere Generalversammlung tagte am 9. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Kameraden das Andenken des verstorbenen Kameraden Heibrink. Den Jahresbericht gab Kamerad Karzer. Er führte folgendes aus: Das Jahr 1924 hat trotz stabiler Währung Arbeit genug für den Vorstand gebracht. Allerdings war die Arbeit gegenüber dem Jahre 1923 leichter. Erleichternd wirkte auch die gute Konjunktur, die um Ostern einsetzte. Arbeitslose Kameraden hatten wir von da an nicht mehr. Von der Tätigkeit des Vorstandes geben folgende Zahlen ein Bild: Versammlungen fanden 14, 9 regelmäßige und 5 außerordentliche statt; Vorstandssitzungen, Platzversammlungen und Versammlungen an andern Orten insgesamt 15. Die Versammlungen in Vielefeld waren von insgesamt 884 Kameraden besucht, im Durchschnitt kommt bei 200 Mitgliedern auf eine Versammlung eine Besucherzahl von 50,5 oder 25,3 %. Nach einer Platzverre am 15. Juli bei der Firma Springhaus und etwas später bei der Firma Wedegärtner erfolgte die achtwöchige Aussperrung, die am 16. September für uns erfolgreich beendet wurde. Lohnhergehungen sind 8 zu verzeichnen. Die Steigerung beträgt 80 $\frac{1}{2}$ oder 67,7 %; denn der Lohn stieg von 52 auf 82 $\frac{1}{2}$. Drei gut besuchte Feiern (Stiftungsfest und Weihnachtstfeier) brachten allen Teilnehmern für einige Stunden Erholung, Freude und Vergessen. Das hinter uns liegende Jahr war arbeits-, aber auch erfolgreich und hat gezeigt, daß Vertrauen und Pflichterfüllung zum Siege führen. Wird weiter so gehandelt, so wird es vorwärts und aufwärts gehen zum Wohle der arbeitenden Massen. Die letzte Lohnvereinbarung vom Dezember brachte 5 $\frac{1}{2}$ Lohn- erhöhung, und zwar vom 17. Dezember an 3 $\frac{1}{2}$ und vom 31. Dezember an weitere 2 $\frac{1}{2}$. Der Lohn stieg dadurch von 77 auf 82 $\frac{1}{2}$. Der Kassenericht zeigte, daß auch die Verkaufslage wieder zunimmt. Die Kasse wies einen Bestand von 1185,95 $\frac{1}{2}$ auf. Der Kassierer, Kamerad Pehlke, wurde einstimmig entlastet. Bei der Wahl wurde der Ge-

famtvorstand einstimmig wiedergewählt. Die Diätenkommission hatte neue Vorschläge ausgearbeitet, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Einige andere Sachen fanden gleichfalls ihre Erledigung. Mit einem Hinweis, den Handwerkskammerwahlen mehr Interesse zu widmen, schloß der Vorsitzende die von 67 Kameraden besuchte Versammlung.

Braunsberg. (Jahresbericht.) Das Jahr 1924 brachte uns gegen die Vorjahre der Inflation etwas mehr Arbeitsgelegenheit, so daß fast sämtliche Kameraden bis Jahreschluß in Arbeit standen. Trotzdem waren die Unternehmer am Werke, die Zahlstelle in das dritte Lohngebiet zu bringen. Durch eine zweifelhafte Arbeitseinstellung bei zwei Firmen, gemeinsam mit dem Baugewerksbund, machten wir es den Unternehmern klar, daß, wenn Braunsberg in das dritte Lohngebiet komme, bei sämtlichen Firmen die Arbeit sofort eingestellt werde. Diese Mitteilung half. Die Unternehmer sahen ein, daß bei unserm zähen Widerstand und engem Zusammenkluß der Kampf für sie verloren war, und sie gaben nach. Ein Beweis für alle Kameraden, daß eine gut disziplinierte Organisation sich eher Achtung und Respekt bei den Unternehmern verschaffen kann, als wenn alles flau in der Organisation ist. Dieses wurde auch in unserer letzten Versammlung zum Ausdruck gebracht. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ferner wurde beschloßen, ein Wintervergütigen, wie es bei uns vor dem Kriege üblich war, zu veranstalten, um auch unsern Familienangehörigen nebst Freunden Gelegenheit zu geben, sich von dem guten Einvernehmen in unserer Organisation zu überzeugen. Das Jahr 1925 scheint uns hier sehr viel Arbeitsgelegenheit zu versprechen, und wir werden es verstehen, unsere Organisation noch kampffähiger auszubauen.

Böttlingen. (Jahresbericht.) Am 26. Januar fand die gut besuchte Jahres-Generalversammlung statt. Kamerad Raese, der erste Vorsitzende, streifte sämtliche Vorgänge des letzten Jahres. Er wies darauf hin, wie die Inflation die Vereinerlichung des Proletariats und eine Vereinerlichung des Kapitals herbeigeführt habe. Auch unsere Zahlstelle habe darunter gelitten. Die Stabilisierung der Mark habe auch bei uns wieder neuen Mut aufkommen lassen. Die durch die Umstellung der Papiermark auf Goldmark bedingte neue Festsetzung des Lohnes brachte uns einen Lohn von 48 $\%$ am Anfang des Jahres, dagegen war am Ende des Jahres ein Stundenlohn von 68 $\%$ zu verzeichnen. Das sei ein ganz guter Erfolg binnen eines Aufbaujahres, erreicht durch einen Streik und eine achtwöchige Aussperrung. Aber noch sei die letzte Schlacht nicht geschlagen, noch sei die Macht der Bauverwaltigen nicht gebrochen. Gestützt durch ihre Regierungsbekräftigung, versuchen sie ihren Absichten Geltung zu verschaffen. Unsere Parole heiße: Treue dem Verbands, einig im Handeln, Mann für Mann, und durch Kampf zum Sieg. — Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Im Jahre 1924 fanden 11 Monats- und 3 Notversammlungen statt, ferner Vorstandssitzungen und kombinierte Sitzungen 4. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Grünberg i. Schl. Am 6. Januar tagte unsere Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Neuwahl des Gesamtvorstandes, Erwerbslosenfrage, Kartellbericht und „Verschiebens“. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Vorsitzende wurde sodann als Gesellschaftler zur Bauhütte gewählt. Den Kartellbericht erstattete der Vorsitzende. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Der Vorsitzende tadelte die Interesslosigkeit der Kameraden; sie sei kein gutes Zeichen für die Organisation, nur durch rege Anteilnahme am Organisationsleben können wir vorwärts.

Rüdnberg. Im Café Metz tagte am 24. Januar unsere Generalversammlung. Sie wurde wegen Abreise des Vorsitzenden, Kameraden Waldschlag, vom zweiten Vorsitzenden, Kameraden Streit, eröffnet. Er gab zunächst den Kameraden den Scheidegruß des Kameraden Waldschlag bekannt und bedauerte dessen plötzliche Abreise. Hierauf gab Kamerad Streit einen kurzen Jahresbericht und streifte dabei den Streik im April 1924. Die Streikleitung habe zur Finanzierung dieses Streiks ihr Möglichstes geleistet; denn es gab Kameraden, die zur Ausführung ihrer Streikbeiträge gezwungen werden mußten. Der Lohn von 52 $\%$ am Anfang des Jahres stieg bis auf 84 $\%$ zum Schluß des Jahres. Versammlungen fanden im Laufe des Jahres statt: 14 Mitgliederversammlungen, 1 Sitzung mit dem Polierbund, 1 gemeinsame Sitzung mit dem Baugewerksbund, 1 Bauvorstandssitzung, 16 Platzversammlungen, 1 Generalversammlung und 14 Verwaltungssitzungen. Kamerad Nappel gab hierauf die Abrechnung über das 4. Quartal bekannt. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen 5012,30 M , die Einnahmen für die Lokalkasse 5898,11 M und ebenso hoch waren die Ausgaben inklusive der angelegten Gelder. Am Schluß des 4. Quartals hatte die Zahlstelle 872 Mitglieder, gestrichen wurden 11, abgereist sind 47, zum Schluß des Jahres blieb ein Bestand von 814 Mitgliedern. Jahresbilanz: Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse 25 223,90 M , Einnahme für die Lokalkasse 10 846,96 M , Ausgabe 6776,55 M , Vorbestand am Schluß des Jahres 4072,41 M . Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kameraden Nappel Entlastung erteilt. Er dankte der Versammlung für das ihm geschenkte Vertrauen. Die Diszussionsredner sprachen ihr Bedauern über die plötzliche Abreise des 1. Vorsitzenden, Kameraden Waldschlag, aus, da er einer der besten Kämpfer und nur auf das Wohl unserer Zahlstelle bedacht war. — Anschließend erfolgten die Neuwahlen. Alle Posten konnten besetzt werden. Nachdem noch einige Einwendungen in bezug auf die Wahl erledigt waren, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Oderberg. Am 24. Januar fand eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: Gründung einer Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Hierzu war Kamerad Belfow aus Berlin anwesend. Er schilderte ausführlich die Einrichtungen und Vorzüge der Zentral-Kranken- und Sterbekasse. Ihm gelang es, alle Unklarheiten aufzuklären. Nachdem er seinen lehrreichen Vortrag beendet hatte, wurde ein alter Wunsch unserer Kameraden erfüllt und eine Zahlstelle gegründet. Da verschiedene Kameraden nicht anwesend sein konnten, schlossen

sich zunächst nur 15 Mitglieder an. Zum Vorsitzenden wurde Kamerad Webert und zum Kassierer Kamerad Arndt gewählt. Hoffentlich sehen wir bald alle Zimmerer der Umgegend in der Zahlstelle vereint.

Rathenow. Am 30. Januar tagte unsere Mitglieder-versammlung im Restaurant Fehre, Milowerstraße 17. Erschienen waren 26 Kameraden. Der Vorsitzende, Kamerad Lange, erstattete zunächst den Jahresbericht und streifte den Uebergang der Inflationszeit zur Goldwährung, wobei wir mit einem Stundenlohn von 48 $\%$ abgefunden wurden. Die Lohnverhandlungen waren im vergangenen Jahre nicht so zahlreich wie 1923. Es fanden 12 Verhandlungen statt; in 6 Verhandlungen wurden freie Vereinbarungen getroffen; 3 endeten durch Schiedsspruch; 1 Bezirkslohnamtsspruch wurde vom Demobilisierungskommissar auf Antrag der Arbeiter für verbindlich erklärt. Außerdem fanden 3 örtliche Verhandlungen statt. Das Versammlungsleben war sehr reg. Insgesamt machten sich 12 ordentliche, 10 außerordentliche und 2 kombinierte Versammlungen notwendig, sowie 9 Vorstandssitzungen. Auch 4 Agitationsversammlungen wurden abgehalten; in einer Versammlung referierte Kamerad Witt, in den Unterbezirken Kamerad Lange. Für unsere Mitglieder wurde eine Sterbeunterstützungskasse gegründet. Beim Todesfall eines Kameraden oder der Frau eines solchen ist ein Betrag von 1,50 M zu zahlen. Dann schilderte Kamerad Lange die Aussichten der jetzt kommenden Verhandlungen und streifte dabei den Bezirksvertrag sowie die Vorträge für besondere Wirtschaftgebiete. Hierüber gab es eine rege Aussprache, in der unsere Kameraden sich gegen solche Verträge aussprachen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß nur rein örtlich verhandelt werden müsse. Vom Vorstand wurde empfohlen, die Kameraden von Wittenberge und Brandenburg a. d. S. zu laden, um eine Aussprache über die Frage herbeizuführen. Zur Lokalfrage teilte Kamerad Deder mit, daß der Vorstand gezwungen war, ein anderes Versammlungslotal zu besorgen und von nun an unser Versammlungslotal das Restaurant Fehre, Milowerstraße Nr. 17 sei. Die Versammlung war damit einverstanden. Kamerad Porepp gab den Bericht von der Arbeitsniederlegung an der Brücke. Die Belegschaft habe dort die Arbeit niedergelegt, da ein Arbeiter in einer Lohnangelegenheit sich an den Betriebsrat wandte und ihn veranlaßte, sich für die Regelung einzusetzen. Der Firma gegenüber habe er aber die Sache so dargestellt, als sei der Betriebsrat der treibende Faktor gewesen. Infolge dieses Verhaltens sei seine Entlassung gefordert worden. Der Vorsitzende habe durch sein Eingreifen erreicht, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Nach Erledigung einiger anderer Punkte feuerte der Vorsitzende die Anwesenden an, in Zukunft recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen. — Die am 1. Februar stattgefundene Zusammenkunft der Vertreter der Zahlstellen Rathenow, Brandenburg a. d. S. und Wittenberge haben sich in Rathenow eingehend mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Baugewerbe und der Lohnfrage beschäftigt. Einstimmig wurde folgender Resolution zugestimmt: „1. fordern wir von der Gauleitung dringend, vor der neuen Lohnregelung eine Gaufonferenz einzuberufen; 2. verlangen wir von der Gauleitung, daß unser Lohn nicht bezirklisch wieder festgelegt wird, bevor die Gaufonferenz getagt hat; 3. sind wir uns darüber einig geworden, daß in unserm Bezirk eine Akkordarbeit nicht ausgeführt werden darf. Wir bitten über diesen Punkt eine gründliche Aussprache und sagen der Akkordarbeit den schärfsten Kampf an.“

Straubing. Unsere Jahresgeneralversammlung fand am 24. Januar im Restaurant „Drei Löwen“ statt; sie war mittelmäßig besucht. Eingangs der Versammlung gedachte der Vorsitzende des am 21. November 1924 mit Tod abgegangenen Kameraden Schindler. Die Kameraden erhoben sich zu seinen Ehren von den Sitzen. Der Kassierbericht für das 4. Quartal wurde bekanntgegeben und seine Richtigkeit durch die Revisoren bestätigt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. — (Jahresbericht.) Im Jahreskassenbericht wurde festgestellt, daß die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse 937,50 M betragen. Die Einnahmen der Lokalkasse ergaben den Betrag von 347,85 M , die Ausgabe stellte sich auf 236,92 M , mithin verblieb ein Lokalkassenbestand von 110,93 M . Aus der Papiermarkrechnung vom 4. Quartal 1923 kam ein Betrag von 9,40 M für 1924 herüber. Die Stabilität unserer Währung zeigt uns so recht das Emporsteigen unserer Vermittel. Die Mitgliederzahl ist in unserer Zahlstelle im vergangenen Jahr stabil geblieben, sie betrug 1923 58 und 1924 ebensol. Das Jahr 1924 war für uns ein Kampfsjahr. Es galt, unsern Lohn so zu verbessern, daß wir auch davon zu leben vermögen. Der Stundenlohn betrug im Januar 47 $\%$ und im Dezember 71 $\%$. Den jetzigen Lebensmittelpreisen entspricht also der Lohn nicht. Unser Grundriß muß sein, sobald als möglich eine Erhöhung zu erreichen. Unser Kampf galt auch der Arbeitszeiterlängerung des Unternehmertums. Nach einer sechstägigen Aussperrung im Monat April, die eine Firma mit 9 Zimmerern durchführte, war die Verlängerung für das ganze Jahr abgewehrt. Ein weiterer Versuch wurde nicht mehr vorgenommen. Unsere Geschlossenheit verschaffte uns Respekt bei den Unternehmern. Die Arbeitsgelegenheit für Zimmerer war im Frühjahr schlecht, bessere sich in der Mitte des Jahres und verschlechterte sich bis zum Jahreschluß wieder so, daß gegenwärtig 30 Zimmerer erwerbslos sind. Das vergangene Jahr hat uns leider auch um unsern Urlaub gebracht, indem ein Reichstarifvertrag nicht zustande kam. Das nachzuholen wird 1925 unsere Aufgabe sein müssen. 1925 wird für unsere Zahlstelle ein Jubeljahr. Am 6. Oktober 1905 wurde unsere Zahlstelle durch den damaligen rührigen Gauleiter Kemmer aus München ins Leben gerufen, sie besteht somit 20 Jahre. Dieser Tag soll festlich begangen werden. In der Diskussion wurde beantragt, dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen und dem Kassierer Simmerl, da er wegen Krankheit eine Wiederwahl ablehnte, den Posten des Kassierers aber bereits seit 1918 bekleidete, extra den Dank für seine mühevollen Arbeit zu erstatten, was einstimmig beschloßen wurde. Neugewählt wurde der 2. Vorsitzende, der 1. und 2. Kassierer

und der 2. Schriftführer. Hierauf gab der Vorsitzende noch verschiedene Erläuterungen bezüglich der Allgemeinen Ortskrankenkasse und des Versicherungswezens, die durch Anfragen seitens der Kameraden noch weiter ergänzt wurden. Mit der Ermahnung, daß die Kameraden auch im Jahre 1925 wieder fest zu ihrer Organisation stehen, daß auch die Lehrlinge samt und sonders unserm Verband zugeführt werden müssen und daß kein indifferentes Zimmerer in unserm Zahlstengebiet gebildet werden dürfe, wurde die gut besuchte Versammlung mit dem Gelöbniß auf enge Zusammenarbeit geschlossen.

Uedermünde. Am 26. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung. Nachdem der Jahres- und Kassenbericht entgegengenommen war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Weiter war unser Gauleiter, Kamerad Michaelis, Stettin, zur festgesetzten Zeit nicht erschienen und mußte daher die Versammlung abends 7 1/2 Uhr noch einmal tagen. Kamerad Michaelis wies auf die im vergangenen Jahre stattgefundenen Verhandlungen usw. hin und gab noch besonders Aufklärung über Eintritt der Zahlstelle in eine höhere Lohnklasse. Nach lebhafter Aussprache erfolgte unter Absingen des Liedes: „Auf, Kameraden, zum Verband!“ Schluß der Versammlung.

Baugewerbliches.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe. (Nach dem Monatsbericht vom 6. Februar im „Reichsarbeitsblatt“); „Infolge der außergewöhnlichen Bitterung gestaltete sich die Arbeitsmarktlage im Januar noch verhältnismäßig günstig. Immerhin war die Beschäftigung in verschiedenen Bezirken schwächer. Nach den Ergebnissen der Stich-tagzählungen der wichtigeren Arbeitsnachweise stieg die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter fast auf das Doppelte, von 34 000 auf 62 000; es ist dies aber erst der dritte Teil der entsprechenden Zahl im Vorjahr (180 000). Nach den Berichten der Landesämter kam es, wie im Vormonat, infolge Fertigstellung zahlreicher Bauten zu beträchtlichen Entlassungen von Fach- und Hilfsarbeitern. Sie konnten nur teilweise anderweitig untergebracht werden, da Neubauten aus privater Mitteln jenseit wegen Kapitalmangels als auch mit Rücksicht auf die Jahreszeit nur ganz vereinzelt in Angriff genommen wurden. Im Bezirk Frankfurt a. M. konnte eine Reihe von Siedlungsbauten aus öffentlichen Mitteln finanziert und dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Im Berliner Bezirk waren die aus dem Hauszinssteuerfonds verfügbaren Gelder vergeben, und die Anträge wurden zurückgestellt. Wie aus den Berichten der Handelskammern und Landesarbeitsämter zu ersehen ist, wird für das kommende Frühjahr — auf Grund der vorliegenden staatlichen und privaten Bauvorhaben — mit einer lebhafteren Bautätigkeit gerechnet. Von der angeführten Diskontermäßigung sowie dem Entgegenkommen der Reichsbank bei Diskontierung von Bauwechseln wird ein günstiger Einfluß erhofft. Unerlässliche Voraussetzung ist natürlich, daß nicht unangemessene Forderungen, sei es bei den Baustoffen, sei es bei den Bauarbeiterlöhnen, den sozial und wirtschaftlich für die Allgemeinheit gleich wichtigen Wohnungsbau beeinträchtigen oder unter Umständen überhaupt vereiteln.“

Darüber, was unerlässliche Voraussetzung ist, kann man natürlich streiten. Nach unserer Auffassung gehören dazu unter allen Umständen angemessene Löhne. Für diese werden sich die baugewerblichen Arbeiterverbände stets einsetzen; sie beeinträchtigen den Wohnungsbau auch keineswegs. Anders die Baustoffpreise. Die sind, nach dem „Reichsarbeitsblatt“, auch im Januar nicht nur fest geblieben, sondern haben teilweise steigende Richtung gezeigt. Für einen der wichtigsten Baustoffe, Ziegelsteine, gilt das in besonderem Maße. Er hat sich für den Berliner Bezirk erst jüngst ein Kartell für sämtliche liefernden Ziegeleien gebildet, lediglich zum Zwecke einer Preiskonvention. Da sich in der Ziegelei-Industrie die Kartellierung nur sehr schwer durchsetzt, ist das neue Kartell von größter Bedeutung. Angesichts der überhöhten Ziegelsteinepreise müssen die Auswirkungen dieser Kartellierung scharf im Auge gehalten werden. — In bezug auf die Baustoffpreise wollen wir deshalb die mahnende Bemerkung des „Reichsarbeitsblatt“ gern anerkennen. Soweit sie auf die Löhne der Bauarbeiter abzielt, ist sie gänzlich unangebracht.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine Grubenkatastrophe auf Zechen „Minister Stein“ bei Dornmund am 11. Februar hat nach der amtlichen Darstellung 137 Opfer gefordert, wovon 129 tot und 8 verletzt sind. Ausstretende Grubengase von leichter Entzündbarkeit (Schlagwetter) sollen durch irgendeinen Funken entzündet worden sein. Ein genauer Bericht über die Explosionsursache liegt noch nicht vor. Nicht nur unter den Bergleuten, sondern unter der gesamten Bevölkerung herrscht über das furchtbare Unglück, das in seiner Wirkung nur hinter dem von Raddob zurücksteht, die größte Erregung. In Bergarbeiterkreisen wird für das Unglück in erster Linie das berüchtigte Antreibersystem, das auf „Minister Stein“ besonders ausgeprägt sein soll, verantwortlich gemacht. Strenge Untersuchung muß gefordert werden, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Ueber die Tagung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir der „Gewerkschafts-Zeitung“ nachstehenden Bericht: Der Bundesauschuß trat am 27. Januar zu einer dreitägigen Konferenz zusammen. Der Bundesvorsitzende Leipart leitete die Verhandlungen ein mit einem Hinweis auf die erfolgte Neubildung der Reichsregierung im Zeichen des Rechtsblocks und die daraus sich ergebenden Gefahren für die Republik und die Arbeiterklasse. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen. Sodann ehrte der Bundesauschuß das Andenken des verstorbenen Vorsitzenden des Böttcherverbandes, R. Wintelmann, durch Erheben von den Plätzen.

Den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes erstattete Hermann Müller. Die Gewerkschaften befinden sich wieder in fortschreitender Entwicklung, die sich zwar noch nicht aus der Statistik, aber aus zahlreichen Erfahrungen bestätigte. Auch die Gefahr der kommunistischen Zerkürung könne als überwunden betrachtet werden, dank des scharfen Eingreifens der Gewerkschaftsleitungen. Im Ortsausschuß Gotha habe der Bundesvorstand durch rasches Zugreifen eine Gesundung herbeigeführt. Die Gewerkschaftszeitung habe nach dem Abbau wieder die alte Höhe erreicht, die „Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung“ erscheine seit Januar dieses Jahres wieder und die wissenschaftliche Monatschrift „Die Arbeit“ habe sich gut eingeführt. Auch das Jahrbuch erfreue sich eines steigenden Absatzes. Um so notwendiger sei aber nunmehr auch der Ausbau der Verwaltungsseinrichtungen. Der Bauarbeiterzuschuß erfordere wieder einen besoldeten Sekretär. Auch die sozialpolitische Abteilung des Bundesvorstandes bedarf weiterer Kräfte und von den Bezirken müsse vor allem der Freistaat Sachsen eine besoldete Kraft erhalten. Gegen die vom Ortsausschuß Bremen erfolgte Beitragsfestsetzung von 20 % pro Monat hatte der Fabrikarbeiter-Verband wegen der Höhe und Begründung Einspruch erhoben. Der Bundesvorstand erachtete diesen Einspruch als gerechtfertigt. Müller berichtete dann von den Verhandlungen der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf über den Achtstundentag und das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien, über die Vorbereitungen für die diesjährige Heimarbeitersammlung, über das Eingreifen des Bundesvorstandes in die Reichstagswahlen, über die Wahlen zum Reichsversicherungsamt, über die Verhandlungen zur Janderberechnung, über Arbeitsbeschaffung sowie über genossenschaftliche Beziehungen.

Nach längerer Aussprache wurde darüber ein Einverständnis erzielt, daß der Bundesvorstand bei der nächsten Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf im Sinne der Forderung des Verbandes der Nahrungsmittelarbeiter für das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien eintrete. Der Entscheidung des Bundesvorstandes in Sachen des Ortsausschusses Bremen schloß sich der Bundesausschuß an.

Sodann berichtete Grafmann über die Beratungen der Kommission betreffend Industrieverbände. Diese Kommission war nach dem Leipziger Gewerkschaftskongreß eingesetzt worden, um einen Organisationsplan auszuarbeiten und vorzulegen. Sie hat zu diesem Zweck einen engeren Ausschuß eingesetzt, der mit den einzelnen Verbänden über ihre Ansprüche verhandeln sollte. Aus den schriftlichen Vorlagen der Verbände ergab sich ein Bild der mannigfachen Vorschläge und Einsprüche, die einander scharf entgegengesetzt sind. Diese Gegenstände sollen nunmehr durch mündliche Verhandlungen auszugleichen versucht werden. Da die Verhandlungen noch im Gange sind, wurde der Bericht nur zur Kenntnis genommen. Nicht minder ernste Differenzen ergaben sich aus den vom gleichen Berichtsteller vorgetragene Grenzfreitigkeiten, von denen der eine zwischen dem Steinarbeiterverband und dem Baugewerksbund durch ein Schiedsgericht erledigt werden soll. Da es sich in diesem Falle um Nichtbeachtung einer durch Abstimmung beschlossenen Uebertrittsentscheidung handelt, so sprach der Bundesausschuß schon jetzt seine Auffassung dahin aus, daß solche Uebertrittsbeschlüsse durch Abstimmung unter allen Umständen zu respektieren seien. Auch erklärte der Bundesausschuß, daß keine Namensänderung eines Verbandes ein Recht auf die Organisierung weiterer Berufskreise gäbe und daß die Bundesorgane alle angeschlossenen Organisationen schützen, so lange kein neues Organisationsrecht vom Gewerkschaftskongreß geschaffen worden sei.

An dritter Stelle wurde das Arbeitszeitgesetz beraten. H. Müller berichtete über die Berner Ministerkonferenz, von der noch kein übereinstimmender Ergebnisbericht vorliege. Das Reichsarbeitsministerium habe die Auffassung, daß eine laze Ausführung des gesetzlichen Achtstundentages sich mit dem Washingtoner Abkommen vereinbaren lasse, und wolle ein Mantelgesetz mit allgemeinen Vorschriften vorbereiten, dem eine Reihe von Ausführungsverordnungen für die einzelnen Industrien und Gewerbezweige folgen sollten, der Bundesvorstand wolle sich erst vergewissern, wie das Mantelgesetz aussehe und wohin dieser Ausführungsweg führe, ehe er abschließend darüber urteilen wolle. Die Hüttenarbeiterverordnung zum § 7 der Arbeitszeitverordnung sei als Erfolg für den Achtstundentag zu begrüßen. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß der Achtstundentag bei den Gewerkschaften viel besser aufgehoben sei als bei der Regierung. Die Aussprache bewegte sich im gleichen Sinne und führte zur einstimmigen Annahme der bereits in Nummer 6 des „Zimmerer“ veröffentlichten Entschließung.

Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, seine sozialpolitische Abteilung wieder auszubauen und Sachverständige als ständige Berater zu seinen sozialpolitischen Aktionen hinzuzuziehen.

Am dritten Tage befaßte sich der Bundesausschuß mit der Organisation des gewerkschaftlichen Bildungswesens. Knoll unterbreitete nach einem einleitenden Referat die Anträge des Bundesvorstandes, die einen Pflichtbeitrag der angeschlossenen Gewerkschaften für ihre Mitglieder zur Unterhaltung der Bildungseinrichtungen vorsehen. Bei diesen handelt es sich um die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, um das Bildungsinstitut in Linz und um die Arbeiter-Akademie in Frankfurt a. M. In der Aussprache wurde empfohlen, diese Bildungseinrichtungen durch stufenweise Heranstellung des Bildungsganges in einem geordneten Zusammenhang zu bringen. Die Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre müsse in den Verbänden durch deren eigene Bildungsorgane ihren Anfang nehmen. Als zweite Stufe kommen lokale Bildungskurse der Ortsausschüsse in Betracht. Die dritte Stufe bilde die Unterrichtsanstalt in Linz, die vierte die diversen Wirtschaftsschulen und als vorläufig oberste Stufe komme die Arbeiter-Akademie in Betracht, die allerdings eine gute Auslese vorgequalifizierter Kräfte voraussetzen müsse. In der entscheidenden Abstimmung wurde die Erhebung eines Kulturbeitrags von 5 % pro Jahr und Mitglied gegen sieben Verbände (mit 4694562 gegen 2366596 Stimmen) beschlossen.

Sodann berichtete Grafmann über seinen Besuch der Gewerkschaftskongresse in den Vereinigten Staaten und Mexiko und über die dort angeknüpften guten Beziehungen mit den amerikanischen und mexikanischen Gewerkschaften, die durch Austausch der Veröffentlichungen und Erfahrungen, sowie durch gegenseitige Förderung von Studien befestigt

werden sollen. Bereits im Vorjahr war deutscherseits die Entsendung einer gewerkschaftlichen Studienkommission nach Nordamerika geplant und den Vorständen die Beteiligung nahegelegt worden. Da der Plan in den Vereinigten Staaten eine gute Aufnahme gefunden hat, so werden die Vorstände nunmehr ersucht, ihre Teilnehmer festzustellen. Die näheren Einzelheiten des Reiseplans sollen dann vereinbart werden.

Den letzten großen Verhandlungspunkt bildete die Zoll- und Handelspolitik, eingeleitet durch ein Referat des Sekretärs der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes Eggert, der über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Belgien und Polen, über den Plan eines deutsch-französischen Eisenfahrs zur Hochtreibung der Hoheisenpreise, sowie über die Konferenzen mit französischen und belgischen Gewerkschaftlern darüber berichtet. Als Ergebnis dieser Konferenzen kann der einmütige Wille der Gewerkschaften der beteiligten Länder festgestellt werden, den Hochschutzzollplänen der Unternehmer entgegenzuwirken und auf den freien Warenaustausch hinzuwirken.

Nach einem Hinweis auf die bevorstehenden Betriebsräte wahlen beschloß der Bundesausschuß einstimmig eine Entschließung zur allgemeinen politischen Lage, die wir unsern Lesern in Nr. 6 des „Zimmerer“ schon zur Kenntnis gebracht haben.

Amsterdam und Moskau. Die Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 5. bis 7. Februar in Amsterdam befaßten sich, wie wir dem Pressebericht des IGB entnehmen, auch mit den Beziehungen zu Rußland. Dazu lagen vor: 1. Ein Schreiben des Generalrats des britischen Gewerkschaftsbundes, das die Einberufung einer Konferenz ohne Vorbedingungen zwischen Vertretern des Allrussischen Gewerkschaftsrates und dem IGB verlangt. 2. Ein Telegramm des Allrussischen Gewerkschaftsbundes, das als ersten praktischen Schritt zur Erzielung der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung eine gemeinsame Konferenz ohne Vorbedingungen von Vertretern des IGB und des Allrussischen Gewerkschaftsrates vorschlägt, die Mittel und Wege finden soll, die volle Einstimmigkeit sichern und so die Gründung einer Vereinigten Internationalen Gewerkschaftsorganisation ermöglichen, der sich alle jetzt dem IGB und der Roten Gewerkschafts-Internationalen angehörenden Organisationen anschließen können.

Nach langen, im Geiste vollständiger Solidarität und Offenheit geführten Debatten, in denen besonders Bramley im Namen der britischen Delegation zugunsten des englischen Vorschlages eintrat, wurde der englische Antrag mit 13 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Eine Kompromißresolution Stenhuis-Smit wurde mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen. Sie lautet wie folgt:

„Der vom 5. bis 7. Februar 1925 in Amsterdam tagende Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, nachdem er Kenntnis genommen hat von der Korrespondenz zwischen dem IGB und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat, beauftragt den Vorstand des IGB, dem Allrussischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der IGB sich bereit erklärt, den Allrussischen Gewerkschaftsrat zuzulassen, wenn dieser Wunsch geäußert wird; er erklärt sich ebenfalls bereit, sobald die russischen Gewerkschaften diesen Wunsch zum Anschluß an den IGB zur Kenntnis gebracht haben, auf Ersuchen in Amsterdam eine Konferenz mit dem russischen Gewerkschaftsrat abzuhalten, zwecks gegenseitigen Gedankenaustausches.“

Falls sich der russische Gewerkschaftsrat zum Beitritt bereit erklären und demnach die in der Entschließung erwähnte Konferenz stattfinden wird, wird der IGB vom Vorstand und nachfolgenden Ausschußmitgliedern vertreten sein: Bramley, Timmen, Grafmann und Zulawsky (Polen).

Sozialpolitisches.

Die neue Leuerungswelle. Nach Veröffentlichungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer erfuhr die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte folgende Veränderungen. Es kosteten (in Goldmark):

	Januar 1913	Januar 1925	Indexpreis Januar 1925 (1913 = 100)
Roggen..... 50 kg	8,60	12,38	144
Kartoffeln..... 50 "	2,82	2,11	75
Butter..... 1/2 "	1,26	1,64	130
Ochsen..... 50 "	42,08	34,95	83
Schweine..... 50 "	51,84	55,86	108

Danach ergibt sich die gewaltige bekannte Steigerung des Roggenpreises, der weit über dem Friedensstand liegt. Ebenfalls liegt der Schweine- und Winterpreis weit über Friedensniveau. Dagegen sind die Kartoffeln gegenüber 1913 merklich im Preise gesunken, ebenso wie das Ochsenfleisch, das um fast 10 % billiger ist als im Frieden.

Von dieser Verbilligung bekommen aber die Konsumenten leider nichts zu spüren. Das beweist die Ueberflut, die die preussische Hauptlandwirtschaftskammer über die Entwicklung der Kleinhandelspreise gibt. Es kosteten (in Goldpfennig):

	Januar 1913	Januar 1925	Indexpreis Januar 1925 (1913 = 100)
Brot..... 1/2 kg	14,6	18,6	127
Roggenmehl..... 1/2 "	16,0	23,2	145
Kartoffeln..... 50 "	400,0	400,0	100
Butter..... 1/2 "	140,0	210,0	150
Margarine..... 1/2 "	70,0	75,0	107
Rindfleisch..... 1/2 "	91,5	120,0	131
Schweinefleisch..... 1/2 "	86,0	122,0	142

Vergleicht man diese Tabelle mit der ersten Tabelle, so ergibt sich gegen 1913 eine Preissteigerung im Kleinhandel, die durch die Erzeugerpreise nicht gerechtfertigt ist. Die Kartoffel kostet im Großhandel 25 % weniger als im Frieden, sie muß aber heute im Kleinhandel, trotz sehr günstiger Ernte und trotzdem ein Kartoffelüberfluß vorhanden ist, ebenso teuer wie im Frieden bezahlt werden. Ebenso liegen die Verhältnisse, soweit das Frischfleisch in Frage kommt. Der Erzeugerpreis für Ochsen- u. m. Fleisch

liegt weit unter Friedensstand, trotzdem muß die Bevölkerung im Kleinhandel einen Preis zahlen, der 31 % über dem Preisstand von 1913 liegt. Der Buttererzeugerpreis ist gegenüber 1913 nur 30 % höher, der Kleinhandelspreis aber 50 %. Die Bewegung erklärt sich aus der deutschen Preispolitik, die Fabrikanten und Händlern, angeblich zur Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals, durchaus ungerechtfertigte übersehete Preise zubilligt.

Veranstaltungsanzeiger.

- Montag, den 23. Februar:**
Anklam: Abends 7 1/2 Uhr im „Schützenhaus“.
- Mittwoch, den 25. Februar:**
Guben: Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Donnerstag, den 26. Februar:**
Brandenburg a. d. S.: Abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus.
- Freitag, den 27. Februar:**
Bautzen: Gleich nach Feierabend in Büblers Restaurant, An der Peirfirche. — Coburg: Nach Feierabend im Volkshaus. — Gydtkühnen: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Koch, Lodringthamer Straße. — Rathenow: Nach Feierabend im Restaurant Fehre, Milower Straße 17.
- Sonabend, den 28. Februar:**
Arnswalde: Abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Braunschweig, Bezirk Wolfenbüttel: Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Lanne“, Enge Straße. — Göttingen a. d. N.: Bei Kappel, Gastwirtschaft „Zum Zeppelin“. — Nienburg a. d. Weser: Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal. — Wanne: Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 9. — Witten: Abends 7 Uhr bei Heinrich Röhmeier, Ardeystraße 104.
- Sonntag, den 1. März:**
Annaberg-Buchholz: Vormittags 10 Uhr in Neudorf. — Bonn: Vorm. 10 Uhr im „Salzrumpchen“, Hundsgasse 5 a. — Düsselkrone: Nachmittags 2 Uhr bei Graber, Trift. — Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt: Vormittags 10 Uhr bei Eppmann, Kurfürstentrasse. — Gagen i. W.: Vormittags 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder und Bergstraße. — Vamspringe: Bei Uchemann. — Baderborn: Vormittags 11 Uhr bei Gastwirt Henje, Neckern. — Pünneberg: Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Friede (Hrberge). — Solingen: Vormittags 10 Uhr im Lokal von Rischner, Hochstraße.

Anzeigen.

Zahlstelle Annaberg-Buchholz.

Alle Zahlstellen werden ersucht, zureisende oder in ihrem Gebiete arbeitende Zimmerer aus Annaberg-Buchholz auf ihre Verbandszugehörigkeit zu kontrollieren. Zugang nach hier ist zu meiden. [1,80 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Groß-Berlin.

An alle Kameraden im Reich!

Um den ständigen Anfragen aus allen Gegenden des Reiches zu begegnen, teilen wir hierdurch allen Verbandskameraden folgendes mit:

In Berlin herrscht seit Jahr und Tag große Arbeitslosigkeit. Selbst im Hochsommer 1924 standen täglich mindestens 150 arbeitslose Zimmerer zur Verfügung, im Januar 1925 täglich über 400 und gegenwärtig über 500. Auch stehen wir vor einer Lohnbewegung; denn unser Abkommen läuft am 24. Februar ab. Es liegt im eigenen Interesse der Kameraden, wenn sie Groß-Berlin meiden. [4,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Braunschweig.

Den Kontrollzettel stellt von jetzt an Kamerad **Johann Sager**, Südkint 21/22, 1. St., wieder aus. Sprechzeit jeden Abend nach 6 Uhr. [1,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Hameln.

Umschauen verboten! Melben beim Kassierer **Willy Heidenreich**, Hameln, Gummenstr. 15. Sprechzeit abends von 6 bis 7 Uhr. Der Vorstand.

Zahlstelle Karlsruhe.

Alle arbeitslosen und kranken Mitglieder haben sich unbedingt beim ersten Kassierer, Kameraden **Jaime**, Leopoldstr. 33, oder bei ihrem Unterkassierer zu melden. Bei Unterlassung erhalten die Kameraden keine Freimarken. [2,10 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Malchin.

Wir machen darauf aufmerksam, daß sich jeder zureisende und arbeitende Kamerad, bevor er nach Arbeit umschaut, beim Vorstehenden, **Streitler** Straße 18, oder beim Kassierer, Wallstr. 6, zu melden hat. Der Vorstand.

Zahlstelle Neubrandenburg.

Umschauen verboten. Zureisende Kameraden haben sich beim Kassierer **O. Knaack**, Walfenstr. 27, zu melden. [1,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Prenzlau.

Der Zugang nach Prenzlau ist fernzuhalten. Ohne Ausweis der Zahlstelle ist das Umschauen verboten. Meldungen beim ersten Kassierer, Kameraden **Wilhelm Schulz**, Stettiner Straße 26, oder beim ersten Vorstehenden, Kameraden **Wilhelm Bandelow**, Schnelle 21. [2,40 M.] Der Vorstand.